

**„Den Zahlen einen Namen geben“
Ein Forschungsprojekt des Diakonie-Kollegs Lindenhof in Neinstedt
und der Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld-Bethel; 2017/2018
zu den Ereignissen der „Euthanasie“-Morde an Bewohnern der
damaligen Neinstedter Anstalten**

Leitung: Dorothee Brachmann, Neinstedt; Reinhard Neumann, FHdD
Statistiken: Sabrina Topf, FHdD

Zwischenbericht; Stand September 2018



Liebe Schwestern und Brüder, liebe Studierende,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen für Ihr großes Engagement und Ihre Mitarbeit bei der historischen Erforschung und der Recherche nach den Hintergründen und den Ereignissen der „Euthanasie“-Morde an Bewohnerinnen und Bewohnern der damaligen Neinstedter Anstalten unseren ganz besonderen Dank aussprechen.

Auch dank Ihrer Mithilfe ist es gelungen, die Tragödien eines der dunkelsten Kapitel der Diakoniegeschichte wieder etwas weiter zu erhellen. Wir dürfen nicht so vermessen sein zu glauben, die Exzesse der NS-Morde an Menschen mit Beeinträchtigungen und an Fürsorgezöglingen in Neinstedt jemals vollständig aufklären zu können. Dennoch ist es uns gelungen (Stand: 10.9.2018), anhand der im Archiv der Evangelischen Stiftung Neinstedt noch vorliegenden Quellen eine erhebliche Anzahl der Vorkommnisse historisch zweifelsfrei belegen zu können. Die hier vorgelegten Seiten sind dennoch ein Zwischenbericht für unseren internen Kreis. Historisches und quellenkritisches Arbeiten fordert dazu auf, Zahlen und Namen einwandfrei zu verifizieren, bevor sie öffentlich zugänglich gemacht werden können. Mit einer Publikation unserer Forschungsergebnisse ist daher frühestens im Jahr 2022 zu rechnen. Weitere, sorgfältige Recherchen, etwa auch nach den Opferbiografien, sind sehr zeitaufwändig, aber sie sind auch sehr notwendig für den Gesamtzusammenhang dieser schrecklichen Geschehnisse.

Quellenmäßig belegt fanden zwischen dem 30. September 1938 und dem 26. November 1943 an insgesamt 62 Tagen die „Verlegungen“ („Entlassungen“) von 823 Menschen mit Beeinträchtigungen und Fürsorgezöglingen aus den damaligen Neinstedter Anstalten statt. 772 Opfernamen können dabei den einzelnen Transporten (zwischen einer und 337 Personen) zugeordnet werden; das entspricht einer Aufklärungsquote von 94 % !!! Darauf können wir gemeinsam schon ein wenig stolz sein.

Neinstedt/Bethel, 10. September 2018
Dorothee Brachmann, Reinhard Neumann

Der nachfolgende Textauszug von Reinhard Neumann erscheint 2020 in der Veröffentlichung zum 170. Jubiläum der Evangelischen Stiftung Neinstedt:

Die „Euthanasie“-Maßnahmen in Neinstedt

Am 10. Juli 1940 waren Fritz v. Bodelschwingh und Paul Gerhard Braune im Reichsinnenministerium mit Ministerialrat Herbert Linden und dem Leiter der Hauptabteilung II der Kanzlei des Führers, Viktor Brack, zusammengetroffen. Nach anfänglichem Leugnen gaben Linden und Brack die Krankenmorde zu und begründeten diese mit den Kriegsnotwendigkeiten. Auch diese Informationen fanden Eingang in das von Braune konzipierte Begleitschreiben, das zusammen mit einem Exemplar der Denkschrift am folgenden Tag der Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche übergeben wurde. Aus der Kirchenkanzlei wurde die Denkschrift mit einem distanzierenden Anschreiben an Reichskanzleichef Hans Heinrich Lammers weitergesandt. Am 17. Juli 1940 teilte v. Bodelschwingh dem Ministerialrat Linden schriftlich seine Weigerung zur Ausfüllung der Fragebögen für die Betheler Anstalten mit und informierte zugleich den zuständigen Mindener Regierungspräsidenten, Freiherrn Adolf v. Oeynhausen. Am 26. Juli 1940 wurde v. Bodelschwingh in Bethel von Linden, Brack und einem weiteren Referenten

aufgesucht, die ihn durch die Androhung seiner Verhaftung und der Schließung der Anstalten veranlassen wollten, die Fragebögen in Bethel ausfüllen zu lassen. Der Anstaltsleiter und seine Chefarzte lehnten diese Forderung ab. Am 23. Juli 1940 kontaktierte der Betheler Chefarzt Carsten Jaspersen den Leiter des St. Rochus-Hospitals in Telgte, Anton Sicking. Über Sicking gelangten Jaspersens Informationen an den Geistlichen Direktor Joseph Bothe, der darüber den Münsteraner Bischof Graf v. Galen informierte. Am 27. Juli 1940 erfuhr v. Bodelschwingh durch den Regierungspräsidenten v. Oeynhausen über eine vierstündige Sitzung im Reichsinnenministerium, als deren Resultat auf die Ausfüllung der Meldebögen in den Anstalten der Inneren Mission Westfalens verzichtet werden sollte. Am 28. Juli 1940 wurde durch Bischof Graf v. Galen der Erzbischof von Breslau, Adolf Kardinal Bertram, in Kenntnis gesetzt, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Am 12. August 1940 wurde Paul Gerhard Braune durch die Gestapo verhaftet. Im September 1940 hatten sich die Tötungsaktionen auch nach Bayern und auf Wien ausgedehnt. Am 31. Oktober 1940 wurde Paul Gerhard Braune aus der Gestapo-Haft entlassen.

In Neinstedt wurden zwischen März und Dezember 1940 insgesamt 22 Personen in andere Einrichtungen verlegt, darunter auch neun Frauen, die zunächst als Hilfskräfte in Schloss Detzel verblieben waren und nun in die Landesheilanstalt Haldensleben kamen. Neun Fürsorgezöglinge wurden im März 1940 in die „Kinderfachabteilung“ der Landesheilanstalt Uchtspringe gebracht.¹

Anfang Januar 1941 erfuhr Martin Knolle, der sich mittlerweile als Unteroffizier der Wehrmacht im westfälischen Warburg befand, durch seine Ehefrau und den Anstaltsarzt Hermann Nobbe von beabsichtigten größeren Verlegungen aus dem Elisabethstift. Knolle wandte sich höchst besorgt am 11. Januar 1941 mit einem langen Brief an Superintendent Schmidt in Quedlinburg: „Ich traf heute in Bielefeld zufällig Pastor Fritz v. Bodelschwingh. Im Lauf des Gespräches berichtete ich auch über den Krankenabtransport. Er bat daraufhin mich sofort mit Ihnen in Verbindung zu setzen unter dem Hinweis, es möchte umgehend an Pastor Frick [den Präsidenten des CA der IM; R.N.] telefoniert werden. Es bestehe durchaus die Möglichkeit, eine Reihe von Menschen aus dem Transport herauszuziehen. Frick soll sich sofort mit dem Innenministerium in Verbindung setzen, das in fast allen Fällen bisher seinerseits sofortigst den Transportleiter telefonisch beauftragt habe, gemeinsam mit der Anstaltsleitung (in vielen Fällen mit dem leitenden Arzt) eine Prüfung vorzunehmen. (...) Ich wurde von Pastor Fritz v. Bodelschwingh gebeten, gleich Morgen mit Ihnen zu telefonieren und Sie zu bitten, um der Menschen und um ihres Lebens willen, diesen Weg zu beschreiten. Es geht jetzt um Menschenleben – ich bitte Sie Herr Superintendent wie ich noch nie bat – um dieser Menschen willen Pastor Frick anzurufen, auch wenn der Transport unmittelbar bevorsteht.“²

Knolles Bemühungen waren vergebens. Am 29. Januar 1941 wurden 337 Neinstedter Bewohner aus allen Einrichtungen des Elisabethstifts in die Landesheilanstalt Altscherbitz verlegt; unter ihnen waren 82 Pfleglinge aus der Anstalt Kreuzhilfe in Thale.³ Anfang Februar 1941 fuhr Knolle von Warburg aus nach Bethel zu einem weiteren persönlichen Gespräch mit Fritz v. Bodelschwingh. Der genaue Hergang ist nirgendwo exakt dokumentiert, der Verzicht darauf, solche Dinge schriftlich festzuhalten, entsprach v. Bodelschwinghs Bemühen um eine weitgehende Verschwiegenheit. Am 12. Februar 1941 berichteten Sommerer und Schmidt auf einer Sitzung der Verwaltungsräte als einzigem Punkt über „die durch die Verlegung von Pfleglingen entstandene Lage der Anstalten.“⁴ Am 15. Februar 1941 schrieb Martin Knolle einen Brief an Fritz v. Bodelschwingh: „Ich bin soeben wieder von meinem Urlaub in Neinstedt zurück und halte mich für verpflichtet, Ihnen doch ganz

kurz von dem Ergebnis mitzuteilen, das im Wesentlichen auf unsere kurze Besprechung auf dem Friedhofsweg [in Bethel; R.N.] zurückzuführen ist. Ich hatte in der gleichen Nacht damals noch mit Neinstedt telefoniert. (...) Der hiesige Arzt setzte sich sehr für die Sache mit ein und wandte sich dann an die ihm mitgeteilte Stelle im Reichsinnenministerium. Es sind wenigstens noch 43 zurückgestellt. Wir sind froh, dass wenigstens das erreicht wurde. 400 sind ja nun noch hier. Es bleibt jetzt abzuwarten, ob man noch einen zweiten Transport durchführt. (...) Ich möchte Ihnen noch einmal für Ihren damaligen Rat danken. Ohne den wäre gewiss hier nichts erreicht worden. Wenn wir auch getrennte Wege gingen, im letzten wissen wir uns doch wohl zutiefst eins. Gott wird uns diesen Weg führen.“⁵

In Neinstedt war zwischen dem Anstaltsarzt Hermann Nobbe und dem Anstaltsleiter Hans Sommerer ein regelrechter Machtkampf um jeden Menschen entbrannt, den Nobbe vor einer Verlegung bewahren wollte. Nobbe pochte dabei immer wieder auf einen bestimmten Passus seiner Dienstanweisung: „Die Aufnahme, Beurlaubung und Entlassung der Pfleglinge und Zöglinge erfolgt nach Ermessen des leitenden Arztes.“⁶ Inwieweit es Nobbe gelungen ist, die im Brief Knolles an Fritz v. Bodelschwingh erwähnten 43 Patienten vor der Verlegung zu bewahren, kann im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden. Allerdings versuchte Nobbe mit größter Hartnäckigkeit gegen die geplanten Verlegungen zu intervenieren. Am 14. März schrieb er an Sommerer, dass „es wohl nicht angängig sein dürfte, dass ungefähr sechs Wochen, nachdem ich die Kranke Emma Schulze aus dem Luisenheim zur Entlassung bestimmt habe, die Entlassung von Ihnen noch nicht eingeleitet worden ist.“ Emma Schulze wurde tatsächlich, wie mit ihr Helene Kaminski und vor ihr schon Irmgard Heinz, am 30. September 1941 nach Carolagrün entlassen, einem kleinen, abgelegenen Ort in der Nähe von Plauen im Vogtland. Dort befand sich eine Einrichtung der 1892 durch Eva von Thiele-Winckler gegründeten Friedenshort-Schwesternschaft.

Nobbes Bemühungen stießen bei Sommerer auf heftigsten Widerstand. Der Versuch, etwa die Bewohner August Schwenkenbecher und Erich Ebert vor der Verlegung zu retten, misslang. Sie wurden am 24. April 1941 nach Altscherbitz verlegt; ihre Namen erscheinen auch auf der Liste derjenigen Personen, die von Altscherbitz nach Bernburg weiterverlegt und dort ermordet wurden.⁷ Am 24. April und 13. Mai 1941 wurden erneut insgesamt 106 Pfleglinge aus der Anstalt Kreuzhilfe in Thale nach Altscherbitz verlegt.⁸ Der Pflinglingsbestand der Neinstedter Häuser sank rapide ab. Am 4. April 1941 wurde Kracht als Leiter des Provinzialverbandes der IM „wegen der bekannten Lage der Elisabethstiftungen und deren Zuspitzung“ eine Generalvollmacht erteilt.⁹

Inzwischen waren die Vorbereitungen für den von Hitler dem Oberkommando der Wehrmacht mit der „Weisung Nr. 21“ befohlenen Angriff auf die Sowjetunion längst angelaufen. Auch die Neinstedter Anstalten waren direkt in die weiteren Kriegsvorbereitungen involviert. Eine „Freiplatzspende für erholungsbedürftige Volksgenossen“ wurde am 10. Juni 1941 mit der Begründung abgelehnt, dass „Neinstedt durch die Einrichtung eines Reservelazarets raummäßig sehr eingeengt ist.“¹⁰ Am 21. Juni 1941 schloss Sommerer in Absprache mit Kracht einen Vertrag mit der Wehrkreis-Verwaltung in Hannover über die Einrichtung eines Reservelazarets in den von ihren Bewohnern geräumten Gebäuden des Elisabethstifts ab: „Zur Einrichtung eines Reservelazarets stellt das Neinstedter Elisabethstift der Wehrmacht die ihm gehörigen Gebäude, und zwar: das Krankenhaus, das Burschenheim, das Knabenhaus, das Wichernheim, Haus Gnadenthal, Haus Kreuzhilfe, das Gebäude der Pestalozzischule, zur Verfügung und überträgt ihr das Recht der Nutzung der gesamten Einrichtungen dieser Gebäude für die

Vertragsdauer.“ Am 15. Oktober 1941 kam noch das „Krankengebäude Luisenheim“ hinzu.¹¹

Einen Tag nach Vertragsabschluss, am 22. Juni 1941, begann der Angriff der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Drei Tage später, am 25. Juni 1941, traf der erste, aus vierundzwanzig Wagen bestehende Lazarettzug in Neinstedt ein; ein zweiter Transport verwundeter Soldaten folgte am 29. Juni.¹² Der Neinstedter Anstaltsarzt Hermann Nobbe hatte mit seinen Bemühungen um eine Entlassung von Pfleglingen hin und wieder noch Erfolg. Nobbe ging dabei auch einer heftigen Konfrontation mit Sommerer nicht aus dem Weg. Am 5. September 1941 schrieb Schmidt an Kracht: „Der Konflikt zwischen Pfarrer Sommerer und Dr. Nobbe verschärft sich leider immer mehr. Es ist beschämend und erschütternd, dass in dieser Zeit schicksalhaften Geschehens für unser ganzes Volk solche persönlichen Differenzen ausgetragen werden müssen.“¹³

Zwischen Januar und August 1941 wurden aus den Häusern des Elisabethstifts 456 Patienten in die Zwischenanstalten der „Euthanasie“-Morde verlegt. Hinzu kamen 47 weitere Fürsorgezöglinge des Lindenhofs, die in die „Kinderfachabteilung“ der Landesheilanstalt Uchtspringe verlegt worden sind.¹⁴ Die vehementen Bemühungen des Neinstedter Anstaltsarztes um eine bewusste Verhinderung der Abtransporte hatten inzwischen den Argwohn der Berliner „Euthanasie“-Zentrale hervorgerufen. Eine „Gutachter-Kommission“, bestehend aus den „Euthanasie“-Ärzten Otto Hebold, Viktor Ratka, Robert Müller und Erich Straub nahm in mitteldeutschen Heil- und Pflegeanstalten „Begutachtungen“ vor, trotz des Widerstands mancher Anstaltsärzte. Dabei wurden bereits ausgefüllte und an die „T 4-Zentrale“ zurückgeschickte Fragebögen überprüft oder neue Fragebögen ausgefüllt.¹⁵ Anschließend fanden die Verlegungen in die Zwischenanstalten statt: „Personal- und Krankengeschichten sowie persönliches Eigentum der zu verlegenden Kranken ist zwecks Übergabe an den Transportleiter bereit zu legen. Jeder Kranke erhält einen Leukoplaststreifen, auf dem sein Name mit Tintenstift verzeichnet ist, zwischen die Schulterblätter geklebt, außerdem wird in ein Kleidungsstück der Name eingenäht.“¹⁶

Um dem immer noch vorhandenen Widerstand einiger der Ärzte und manchmal auch des Pflegepersonals unter Berufung auf die „Kriegsnotwendigkeiten“ zu begegnen und die bürokratische Rechtmäßigkeit zu betonen, wurden im November 1941 die Reichsstatthalter, Oberpräsidenten und Landeshauptleute im Deutschen Reich angeschrieben: „Ich ersuche im Übrigen, dafür Sorge zu tragen, dass meinen Beauftragten, die sich als solche ausweisen, ungehindert Zutritt zu sämtlichen in Frage kommenden Heil- und Pflegeanstalten, auch privaten, gewährt wird und dass ihnen die Auskünfte, um die sie bitten, erteilt werden bzw. jede sonst erforderliche Hilfe zuteil wird.“¹⁷

Auch die bereits am 30. September 1938 in die Landesheilanstalt Jerichow verlegten 84 Neinstedter Pfleglinge wurden im Mai 1941 auf Veranlassung des Merseburger Oberpräsidenten im Zuge einer „Nachuntersuchung“ durch den „Euthanasie“-Arzt Irmfried Eberl nach Bernburg verlegt und dort wahrscheinlich am selben Tag ermordet.¹⁸ Am 8. Juli 1941 richtete die Oberin Bernhardt aus Detzel einen bedenklichen Brief an Diakon Moldenhauer in Neinstedt. Am Tag zuvor hatte die Diakonisse die bisher als Haushilfe in Schloss Detzel beschäftigte Frieda Lehmann persönlich in die Anstalt Altscherbitz gebracht. Ihre Zeilen darüber belegen, wie sehr die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ mitunter auch für das beteiligte Personal zur Normalität geworden war: „Gestern brachte ich Frieda Lehmann hin [nach Altscherbitz; R.N.]. Die leitende Oberpflegerin klärte mich auf. Die »private Kleidung« ist so nicht aufzufassen. Sie wünschen in dem Landesheim nur, unter

Anstaltskleidung auch richtige Anstaltskleidung zu erhalten, die sie weitersenden können mit den Kranken. Ich hatte der Frieda Lehmann nur ein Anstaltskleid angezogen und darf nun nichts mehr hinschicken. Eben sind die Vorschriften sehr verschärft worden. Sie hoffen, wenn sie den Antrag stellen, Frieda bei sich als Arbeitskraft behalten zu können. Sonst sollen alle, die solche Scheine I. und II. mitbringen, weiter befördert werden. Natürlich besprachen wir einiges, was ich nicht so hinschreiben möchte. (...) Nächsten Sonntag hat sich die Frauenschaft Satuelle Dorf angesagt. Sie bringen Kaffee und alles selbst an Kuchen mit. Wir geben nur unsere Arbeit und decken recht hübsch für fünfzig Personen.“¹⁹

Am 14. Oktober 1941 schrieb Dorothee Kögel, Witwe des Theologie-Professors Julius Kögel, aus Neinstedt einen langen Brief an den Betheler Anstaltsleiter Fritz v. Bodelschwingh. Dorothee Kögel war eine Tochter von Martin von Nathusius und somit eine Enkeltochter des Neinstedter Anstaltsgründers Philipp von Nathusius. Frau Kögel schrieb nach Bethel, dass „vor wenigen Tagen eine Kommission der Wehrmacht hier gewesen ist und die ganzen übrigen Gebäude inspiziert hat mit dem Wunsch, alle noch übrigen Gebäude mit zu übernehmen. Das heißt also, die Fürsorgearbeit würde hier aufhören und die Anstalt von der Bildfläche verschwinden. Die letzte Entscheidung hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen, durch welchen ja die Mehrzahl der Zöglinge hierher immer überwiesen wird.“ Den Diakonen in den Häusern der Fürsorgeerziehung, so Frau Kögel, war aufgetragen worden, „eine Liste anzufertigen von denjenigen Jungens, welche voraussichtlich einmal fähig sein würden, selbst im Leben zu stehen und solchen, die immer auf Anstalten angewiesen sein werden. Es heißt, dass die Fürsorgekinder in staatliche Anstalten verbracht würden, falls der Oberpräsident die Neinstedter Anstalten der Wehrmacht überlässt.“ Die Enkeltochter Philipps von Nathusius sah die inneren Zustände in Neinstedt als durchaus gefährlich an: „Ich glaube Sie kennen ungefähr die innere Lage hier. An der Spitze des Vorstandes steht der hiesige Pastor Sommerer und ein Quedlinburger Superintendent Schmidt. Letzterer ist ohne irgendwelches innere verpflichtende Interesse für die Sache, über ersteren erübrigen sich wohl alle Worte.“²⁰ Drei Tage später, am 17. November 1941, antwortete v. Bodelschwingh und teilte ihr seine eigenen Kenntnisse darüber mit, dass „diese Liquidation vom Osten nach dem Westen vorwärtsschreitend immer mehr Anstaltsgemeinden verschwinden lässt.“ Am gleichen Tag wandte sich v. Bodelschwingh an Constantin Frick, den Präsidenten des Central-Ausschusses für die Innere Mission, und bat ihn um Intervention beim zuständigen Merseburger Oberpräsidenten, da ihm selbst von Bethel aus die nötigen Beziehungen dorthin fehlen würden: „Es wäre natürlich sehr schmerzhaft, wenn auch in Neinstedt die letzte Spur der Inneren Missionsarbeit ausgelöscht würde. Viel ist ja ohnehin nach den Katastrophen der letzten Jahre nicht mehr vorhanden.“ Ebenso setzte er sich an diesem Tag mit seiner Schwester Frieda v. Bodelschwingh in Verbindung, die zuvor auch schon von Frau Kögel über die Neinstedter Vorfälle informiert worden war. Die Johanniter-Schwester Frieda v. Bodelschwingh hatte ihren Vater, den nach mehreren Schlaganfällen halbseitig gelähmten Betheler Patriarchen Friedrich v. Bodelschwingh den Älteren, bis zu dessen Tod 1910 gepflegt, und war in seinen letzten Lebensjahren zum „Sprachrohr“ „Vater Bodelschwinghs“ geworden. Aus diesem Verständnis heraus besaß Schwester Frieda in den leitenden Kreisen der Inneren Mission immer noch höchste Anerkennung und Reputation.²¹

Am 19. November 1941 fand in der Berliner Tiergartenstraße 4 eine Unterredung zwischen den „Euthanasie“-Obergutachtern Paul Nitsche und Werner Heyde, dem Ministerialrat Herbert Linden sowie Dietrich Allers, dem Geschäftsführer der „Zentraldienststelle T 4“ statt. Sie erörterten die „künftige Unterbringung von

Fürsorgezöglingen.“²² Seit dem 1. Oktober 1941 gab es einen Erlass des Reichsinnenministeriums über die „Einweisung von über 16jährigen Fürsorgezöglingen in das vom Reichskriminalpolizeiamt eingerichtete Jugendschuttlager Moringen.“²³ Die Anstalt Moringen diente vom Juni 1940 bis 1945 unter der zur Verschleierung des eigentlichen Zwecks gewählten Bezeichnung „Jugendschuttlager“ als Konzentrationslager für Jugendliche und junge Männer im Alter von dreizehn bis zweiundzwanzig Jahren.

Am 20. November 1941 kam die Antwort von Frick in Bethel an. Frick versprach, sich mit Kracht in Magdeburg in Verbindung zu setzen, dennoch schrieb er: „Ich fürchte, dass in diesem Augenblick nicht allzu viel zu machen sein wird, da die Vorbereitung für die Dinge, die nach der Erledigung Rußlands kommen müssen, die Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern in sich schließen.“²⁴ Frick hielt sein Versprechen, denn am 5. November 1941 meldete sich auch Kracht aus Magdeburg bei Fritz v. Bodelschwingh in Bethel. Er schrieb ihm, dass aus dem Neinstedter Elisabethstift inzwischen „etwa 600 Kranke herausgenommen worden sind“, die Fürsorgeerziehung jedoch, kriegsbedingt durch die Schließung anderer Einrichtungen, mit etwa 200 statt der vorgesehenen 130-140 Zöglingen völlig überbelegt war: „Ich weiß also nicht, woher die Gerüchte kommen mögen, dass nun auch die Fürsorgeerziehung dort aufhören solle. Ich darf mit aller Offenheit es aussprechen, dass ich vermute, dass der Gegensatz zwischen dem im Felde stehenden Amtsbruder Knolle und dem Bruder Sommerer in Neinstedt dabei irgendwie eine Rolle spielt. Gewiss ist es so, dass Parteistellen sich weiter für die Neinstedter Anstalten interessieren und gern noch Plätze haben möchten für alle möglichen Zwecke, für die man ja heute weithin unsere Anstalten braucht. Aber da befindet sich ja Neinstedt in derselben Lage mit der großen Mehrzahl der Anstalten der Inneren Mission.“²⁵

Frau Kögels Hilferuf aus Neinstedt bei Fritz v. Bodelschwingh und seiner Schwester Frieda war vergebens. Ebenso konnten v. Bodelschwinghs Vorstöße bei Frick und Kracht in dieser Angelegenheit nicht das Geringste bewirken. Im Spätherbst 1941 zeichneten sich im Angriffskrieg gegen die Sowjetunion erhebliche Schwierigkeiten ab. Die zunächst propagandistisch groß herausgestellten Erfolge beim Vormarsch der deutschen Armeen endeten im Dezember 1941. Die deutsche Offensive war, bedingt durch den russischen Wintereinbruch, etwa 150 Kilometer vor Moskau zum Stehen gekommen. Die Zahlen an verwundeten und erkrankten deutschen Soldaten, völlig unzureichend auf diesen „Winterkrieg“ vorbereitet und nur mangelhaft ausgerüstet, stiegen rapide an. Ab dem Jahresende 1941 gerieten die Neinstedter Anstalten wegen einer Kapazitätserweiterung des Reservelazaretts unter Druck des zuständigen Generalkommandos in Hannover und des Merseburger Oberpräsidenten. Am 10. Januar 1942 erhielt Sommerer von dort ein Schreiben: „(...) wird von hier aus der Inanspruchnahme des jetzigen Wichernheimes und des Lindenhofs für Zwecke des Reservelazaretts nicht widersprochen werden. Die in diesen beiden Häusern jetzt befindlichen Fürsorgezöglinge, Schulknaben, sollen, soweit möglich, im Stammhause Elisabethstift untergebracht werden. Die Herausnahme der jetzt in diesem Haus noch aufhältlichen Pfleglinge ist bereits eingeleitet worden. Die Entfernung der dann verbleibenden Pfleglinge wollen Sie nach Ihrer mündlichen Zusage sogleich veranlassen.“²⁶

Sommerer setzte darüber am 19. Januar 1942 Schmidt und die zuständigen Fürsorgeerziehungsbehörden in Kenntnis. Er verwies auf die „höheren Ortes beantragte“ Räumung des Kinderheims und des Diakoniehomes in Neinstedt und machte die Eile dieser Maßnahme deutlich, da „die Räumlichkeiten auf Anordnung des Generalkommandos sofort für Lazarettzwecke gebraucht würden.“²⁷ Bis zum 22.

Januar fertigte Sommerer „eine Liste der Zöglinge an, die für die Verlegung in andere Heime vorgeschlagen werden.“ Neben der Verlegung der „am wenigsten bildungsfähigen und jüngsten Jahrgänge“ der Fürsorgezöglinge in staatliche Einrichtungen war inzwischen auch die Verlegung der noch im Haus Elisabethstift verbliebenen 59 Pfleglinge mit den Kostenträgern abgestimmt worden.²⁸ Am 6. Februar schrieb Sommerer an Linden in der Tiergartenstraße 4: „Die Begleitung und der Transport mit der Reichsbahn könnte von hier aus durchgeführt werden.“²⁹ Einen Tag später, am 7. Februar, erhielt Sommerer das Bestätigungstelegramm aus Berlin: „Mit den durch Abgabe von Betten für Lazarettzwecke erforderlichen Veränderungen bin ich einverstanden. Die Verlegung der in den Anlagen zu Ihrem Bericht aufgeführten Pfleglinge nach den Anstalten Uchtspringe und Altscherbitz wird hiermit angeordnet.“³⁰ Zwischen dem 14. Januar und dem 6. Mai 1942 sind insgesamt 180 weitere Neinstedter Bewohner verlegt worden, zumeist nach Altscherbitz, Pfafferode und Uchtspringe.

Am 14. Februar 1942 traten die Verwaltungsräte beider Stiftungen und der Vorstand des Elisabethstifts zusammen. Sommerer berichtete über die Entwicklung seit der Übernahme von Anstaltsgebäuden für Lazarettzwecke und darüber, dass die meisten der Pfleglinge des Elisabethstifts auf behördliche Anordnung in Landesheilanstalten gekommen waren, ebenfalls 75 Fürsorgezöglinge. Die in Neinstedt verbliebenen 165 Zöglinge waren im Elisabethstift aufgenommen worden. Die noch in der Eckartschule untergebrachten 45 Zöglinge sollten ebenfalls vom Elisabethstift mit übernommen werden.³¹ Rückblickend erinnerte sich im Oktober 1991 eine Neinstedter Diakonenfrau: „Im April 1939 wurden wir Hauseltern im Wichernheim. 1 ½ Jahre später mussten wir mit unseren Zöglingen zum alten Lindenhof umziehen. Die Brüder waren inzwischen fast alle eingezogen. Zum Schluss kam Bruder Hilker und mein Mann auch noch an die Reihe. Unsere Zöglinge kamen alle ins Elisabethstift, weil ja Bruder Schmidt kein Soldat mehr zu werden brauchte, und ich bekam eine Wohnung im jetzigen Brüderhaus.“³² In der Neinstedter Bruderschaft – viele der Diakone waren inzwischen zur Wehrmacht eingezogen oder kriegsdienstverpflichtet – machte sich wegen der fast vollständigen Verlegung der Pfleglinge und Zöglinge erhebliche Unruhe bemerkbar. In einem von Rektor Eckhardt und Brüderführer Strei unterzeichneten Antrag wurde die Frage gestellt, wie sich „die im letzten Jahre vorgenommene Evakuierung der Pfleglinge des Elisabethstifts auf die Zukunftsgestaltung der Gesamtstiftungen »Erziehungsanstalt Lindenhof – Brüderhaus – Elisabethstift« auswirken würde.“³³ Im Juli 1942 protestierte Sommerer, allerdings vergebens, gegen die immer noch andauernde Unterbringung der 165 Fürsorgezöglinge im Elisabethstift als „kriegsbedingte Maßnahme.“³⁴ Vom Januar bis November 1943 sind noch vier weitere Personen aus Neinstedt verlegt worden. Nach dem 26. November 1943 sind keine weiteren Verlegungen bekannt.

Im Oktober 1989 schrieb Werner Krause: „Kein Heimbewohner der Neinstedter Anstalten ist im Zuge der »Euthanasie« in Neinstedt selber zum Tode gekommen (was bei Außenstehenden manchmal naiv vermutet wird). Das Ziel der Verlegung war in der Regel eine Zwischenstation. Wie lange sie dort blieben, wohin ihr weiterer Weg führte, das ist in Neinstedt nicht bekannt geworden.“³⁵ 2001 veröffentlichte der damalige Neinstedter Anstaltsleiter Jürgen Wieggrebe die bis dahin vorliegenden Erkenntnisse über die „Euthanasie“-Morde an Bewohnern der Neinstedter Anstalten.³⁶ Inzwischen können die tragischen Ereignisse besser in ihren zeithistorischen Kontext eingeordnet werden. Intensive Recherchen des Forschungsprojekts „Den Zahlen einen Namen geben“ an der Fachhochschule der Diakonie (FHdD) in Bielefeld-Bethel haben ergeben, dass zwischen September 1938 und November 1943 insgesamt 670 Personen aus dem Neinstedter Elisabethstift in

Einrichtungen „verlegt/entlassen“ worden sind, die als Zwischenanstalt der „Euthanasie“-Mordanstalt Bernburg gedient haben. Dazu gab es 153 „Verlegungen“ von Fürsorgezöglingen des Lindenhofs in die Anstalt Uchtspringe. Insgesamt handelte es sich um 823 Frauen, Männer und Kinder, die im Zeitraum von 1938 – 1943 mit 62 Transporten aus Neinstedter Einrichtungen fortgebracht worden sind. Die Auswertung im Rahmen des Forschungsprojekts sowie Erfassungsarbeiten der noch vorhandenen Aufnahmebücher durch eine Mitarbeiterin der heutigen Evangelischen Stiftung Neinstedt haben die Namen von 772 Neinstedter Bewohnern und Bewohnerinnen ermittelt, die den einzelnen Transporten in die Zwischenanstalten, zumeist nach Altscherbitz, Hoym, Pfafferode und Uchtspringe, zugeordnet werden können. In einigen Fällen konnten anhand der noch erhaltenen Akten die Biografien der „Euthanasie“-Opfer rekonstruiert werden.³⁷ Es wird nicht mehr möglich sein, die „Euthanasie“-Morde an Neinstedter Bewohnern lückenlos aufzuklären. Anlässlich eines Zwischenberichts zum Forschungsprojekt hat im April 2017 der Vorstand der Evangelischen Stiftung Neinstedt dazu Stellung bezogen: „Es ist eine moralische Pflicht, diesen dunklen Teil der Neinstedter Geschichte aufzuarbeiten. Ansonsten ist die Gestaltung unserer Gegenwart wie auch unserer Zukunft zum Scheitern verurteilt.“³⁸ Inzwischen erschließt sich auch der zeitgenössische Kontext der Neinstedter Ereignisse um die „Euthanasie“-Morde recht gut. Diese Verbrechen nur allein für sich zu betrachten macht wenig Sinn. Die Verlegungen von 823 Menschen aus Neinstedter Häusern in die Zwischenanstalten waren Bestandteil des nationalsozialistischen Rassenwahns und der pervertierten Idee von der „Ausmerzungen lebensunwerten Lebens“. Zugleich jedoch waren sie auch ein Teil des Kriegsgeschehens. Jede weitere Eskalation des Krieges, insbesondere seit 1941, hatte direkte Auswirkungen auf die Schicksale der Neinstedter Bewohner.

Was geschah in den Zwischenanstalten und in der Mordanstalt Bernburg?

Ab 1940 diente Uchtspringe als Zwischenanstalt der Mordanstalt Bernburg, im Juni 1941 wurde dort eine „Kinderfachabteilung“ unter Leitung des Direktors Ernst Beese und der Ärzte Hermann und Hildegard Wesse sowie Gerhard Wenzel eingerichtet.³⁹ Während der „Kinder-Euthanasie“ wurde dort zumeist durch Nahrungsentzug oder die Verabreichung von Luminal und Morphin-Scopolamin gemordet: „Ich bestätige hiermit, von Herrn Prof. Nitsche 3.000 Ampullen Morphin und 3.000 Ampullen Scopolamin erhalten zu haben.“ (30.3.1944).⁴⁰

Eine damalige Neinstedter Mitarbeiterin gab Jahrzehnte später in einem Gespräch darüber Auskunft: „Ich habe als Mitarbeiterin, ich war damals ein ganz junges Mädchen, etwa 1941 zwei Transporte mit der Bahn nach Uchtspringe begleitet. Sonderwagen, an den fahrplanmäßigen Zug angehängt. Ich habe von den Zusammenhängen keine Ahnung gehabt. Die Heimbewohner wussten und ahnten nichts. Beim zweiten Transport habe ich in Uchtspringe eine dortige Mitarbeiterin nach einem Pflegling des ersten Transportes gefragt, der vor vier Wochen passiert war. Ich wollte den Jungen noch einmal besuchen. Die Mitarbeiterin: Aber wo leben Sie denn? Die sind nicht mehr da! Auf der Heimfahrt habe ich den Vorfall mit Diakon Kellermann, der den Transport leitete, besprechen wollen. Er hat nur mit den Achseln gezuckt: Tja, wir brauchen halt Platz.“⁴¹

Von den insgesamt 153 nach Uchtspringe verlegten Zöglingen konnten bisher 132 Namen den Transporten zugeordnet werden. Zwischen 1941 und 1945 sind 34 Fürsorgezöglinge aus Neinstedt in der „Kinderfachabteilung“ Uchtspringe verstorben.⁴² Der für die Beschaffung der tödlichen Medikamente zuständige Mitarbeiter der T 4-Zentrale sagte nach dem Krieg aus: „Entschloss sich der Leiter

der Kinderfachabteilung zu einer Behandlung, so war es ihm anheimgestellt, in welcher Form er diese vornahm. Der Arzt hatte also völlig freie Hand, ob in Form von Injektionen oder durch Verabreichung von Schlafmitteln oder anderen Medikamenten, die mit Sicherheit ein schmerzloses Einschlafen des Kindes gewährleisten.“⁴³ Im Mai 1951 hielt Johannes Richter in seinem persönlichen Tagebuch den Besuch eines ehemaligen Fürsorgezöglings fest, der 1943 nach Uchtspringe verlegt worden war. Der junge Mann sprach Richter gegenüber „besonders von der planmäßigen Tötung seiner Leidensgenossen durch Spritzen und Tabletten.“⁴⁴ In den „Kinderfachabteilungen“ wurden die Pfleglinge auch zu pseudo-wissenschaftlichen Zwecken missbraucht. Eine Zeugenaussage gab später an, „(...) dass es Professoren gab, welche die Überführung für sie wissenschaftlich interessanter Fürsorgezöglinge in die Tötungsabteilungen bewerkstelligten und sich die Leichen anschließend schicken ließen.“⁴⁵

Im Juni 1970 wurde im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den „Euthanasie“-Obergutachter Werner Heyde ein Rechtshilfegesuch der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR gestellt. Die Formulierung des Antwortschreibens war von der Stasi im exakten Wortlaut vorbereitet worden: „Die Auswertung der im hiesigen Zuständigkeitsbereich vorhandenen Unterlagen über die Anstalt Mühlhausen/Pfafferode ergab, dass im ehemaligen Haus 18 dieser Anstalt eine Siechenstation untergebracht war. Leitender Arzt dieser Station war ein gewisser Dr. Steinmeyer. Es war auffallend, dass in dieser Station innerhalb kurzer Zeit sehr viel Kranke verstarben. Die Behandlung dieser Kranken soll durch Schlafmittel erfolgt sein. In einem nach 1945 eingeleiteten Untersuchungsverfahren gegen Dr. Steinmeyer konnte nicht geklärt werden, ob die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit auf dieser Station auf eventuelle Euthanasiemaßnahmen des Dr. Steinmeyer zurückzuführen war, da Steinmeyer in der Haft verstarb.“⁴⁶

Der Anstaltsleiter Steinmeyer hatte sich am 26. Mai 1945 nach seiner Verhaftung im Gerichtsgefängnis Mühlhausen suizidiert. Zusammen mit dem Tropenmediziner Gerhard Rose hatte er im Haus 18 in Pfafferode im Auftrag des Instituts für Wehrhygiene der Deutschen Luftwaffe Menschenversuche mit Malaria-Erregern vorgenommen. Rose wurde 1948 im Nürnberger „Ärzteprozess“ wegen Menschenversuchen in Konzentrationslagern zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt und in den 1950er Jahren begnadigt. Wegen seiner Taten in Pfafferode ist er niemals zur Verantwortung gezogen worden.⁴⁷ Zwischen August 1939 und Februar 1942 wurden aus Neinstedt 39 Bewohner nach Pfafferode verlegt. Die Biografie von Alexander Franke konnte beispielhaft rekonstruiert werden. Franke war am 13. Januar 1931 in Neinstedt aufgenommen worden. Am 12. August 1939 wurde er nach Pfafferode verlegt und am 23. Oktober 1940 nach Bernburg weiterverlegt. Vermutlich ist Alexander Franke dort am Tag seiner Ankunft in der Anstalt ermordet worden.⁴⁸ Ende Juli 1945 erhielt Johannes Richter in Neinstedt Besuch von einem ehemaligen Pflegling, der nach Pfafferode verlegt worden war. Richter hielt auch diesen Besuch in seinem persönlichen Tagebuch fest; der Mann erzählte ihm „von der planmäßigen Ermordung vieler einstiger Gefährten seitens der Ärzte durch Paradelyt (?), das ihnen in ihren Betten verabfolgt wurde.“⁴⁹

In der Mordanstalt Bernburg sind bisher vier Fälle nachweisbar, in denen Neinstedter Bewohnern nach ihrer Ermordung das Gehirn und zum Teil auch das Rückenmark entnommen wurde.⁵⁰ Bei seinen Vernehmungen sagte einer der daran beteiligten „Euthanasie“-Ärzte aus: „Eine Reihe von Geisteskranken in Bernburg wurde noch vor der Vergasung fotografiert und mit einem Nummernstempel auf der Brust versehen. Von den so nummerierten Getöteten wird in jedem Falle eine Öffnung des Schädels vorgenommen und das Gehirn zu Forschungszwecken

sichergestellt. In der Regel kommen nur die Gehirne von Schwachsinnigen in Frage, für die besonderes Interesse bestand. Die Gehirne werden hier gesammelt und in Formalin konserviert und in Gläsern mit besonderen Transporten unter Beifügung der gefertigten Fotografien an die Hirnforschungsinstitute abgeliefert.“⁵¹

Exemplarisch hierfür die Kurzbiografie von Gerhard Schipelius: geboren im September 1918; im Januar 1923 im Neinstedter Elisabethstift aufgenommen; am 30. September 1938 nach Jerichow verlegt; vermutlich im Mai 1941 nach Bernburg weiterverlegt und dort am selben Tag ermordet. Am 27. März 2017 kam eine Email von Prof. em. Heinz Wässle, Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt/Main: „Ich selbst habe inzwischen herausgefunden, dass in einer Veröffentlichung aus dem Jahr 1956 von Hallervorden und Krücke zum Thema »tuberöse Hirnsklerose« ein Photo eines histologischen Schnittes durch die Niere von Gerhard Schipelius gezeigt wurde, das ich hier zu Ihrer Information anfüge. In der Bildunterschrift wird Nr. 39,72 Sch angegeben, die Signatur, unter der Schipelius in den Akten geführt wird. Auch der Lebenslauf mit den häufigen Anfällen und die Gehirndiagnose sind kurz angedeutet.“

(Die Mail wurde freundlicherweise von Michael Behrendt zur Verfügung gestellt).

„Rückführungen in das Saargebiet“

Bei der Eröffnung der *Pfälzischen Heil- und Pflegeanstalt in Homburg* im Jahr 1909 wurde betont, dass diese Anstalt „ein Denkmal für Pflege und Fürsorge“ der geisteskranken und schwerbehinderten Menschen sein sollte. 1922 wurde die Einrichtung in das „*Landeskrankenhaus für das Saargebiet*“ umgewandelt. Im Zuge der Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg wurde das saarländische Landeskrankenhaus zur Schaffung von Lazarettraum im Winter/Frühjahr 1939/40 evakuiert. An ihren neuen Aufenthaltsorten gerieten die von dort „verlegten“ Patienten in die Bürokratie der „Euthanasie“-Morde. Nach dem Waffenstillstand an der „Westfront“ am 25. Juni 1940 wurden zwischen dem 15. Juli und dem 4. Oktober 1940 zwanzig Patienten in das Saargebiet „zurückgeführt“. Eine Person war schon am 20. April 1940, eine weitere Person erst am 12. August 1941 aus heute nicht mehr zu rekonstruierenden Gründen „rückgeführt“ worden. Es ist davon auszugehen, dass diese Patienten aus dem *Landeskrankenhaus für das Saargebiet* später, nach ihrer „Rückführung“, in die „Euthanasie“-Mordanstalt Brandenburg oder Bernburg „verlegt“ und dort ermordet worden sind.⁵²

Verlegungen aus Neinstedt ab dem 30. September 1938; chronologisch:

Datum	Ort	Anzahl Personen	Namentlich bekannt
30.09.38	Jerichow	84	84
06.05.39	Altscherbitz	1	1
10.05.39	Uchtspringe	1	1
05.08.39	Altscherbitz	1	1
12.08.39	Pfafferode	1	--
23.08.39	Neuerkerode	1	--
21.10.39	Altscherbitz	1	1
26.10.39	Haldensleben	1	1
01.11.39	Haldensleben	1	1
12.02.40	Haldensleben	1	1
01.03.40	Haldensleben	1	1
04.03.40	Uchtspringe	9	9
16.03.40	Haldensleben	1	1
21.04.40	Alleringsleben	1	--
29.04.40	Alleringsleben	1	--
29.04.40	Haldensleben	2	2
05.07.40	Haldensleben	1	1
23.08.40	Altscherbitz	1	1
01.10.40	Pfafferode	1	1
20.11.40	Haldensleben	1	--
13.12.40	Haldensleben	2	2
15.01.41	Uchtspringe	23	23
29.01.41	Altscherbitz	337	337
06.02.41	Altscherbitz	3	3
10.02.41	Bernburg	1	--
19.02.41	Hoym	2	2
26.02.41	Altscherbitz	2	2
24.04.41	Altscherbitz	64	64
13.05.41	Altscherbitz	42	42
15.05.41	Uchtspringe	3	3
23.05.41	Altscherbitz	1	1
05.06.41	Altscherbitz	3	3
10.06.41	Uchtspringe	1	1
17.06.41	Altscherbitz	2	2
01.07.41	Bernburg	1	--
07.07.41	Altscherbitz	1	1
12.08.41	Altscherbitz	1	1
12.08.41	Berlin-Wittenau	1	--
12.08.41	Brandenburg- Görden	1	--
22.08.41	Hoym	4	4
15.09.41	Uchtspringe	19	19
03.11.41	Uchtspringe	1	--
19.11.41	Erfurt	1	--

14.01.42	Altscherbitz	1	--
14.01.42	Pfafferode	34	34
15.01.42	Pfafferode	1	1
15.01.42	Uchtspringe	27	8
23.01.42	Pfafferode	1	--
27.01.42	Hoym	16	16
03.02.42	Hoym	3	2
03.02.42	Liebenau	1	--
10.02.42	Uchtspringe	61	61
13.02.42	Altscherbitz	18	18
16.02.42	Pfafferode	1	1
17.02.42	Hoym	5	5
06.05.42	Altscherbitz	1	1
27.08.42	Uchtspringe	1	1
07.09.42	Uchtspringe	4	4
21.09.42	Uchtspringe	3	3
15.01.43	Magdeburg	1	--
15.02.43	Magdeburg	2	--
26.11.43	Uchtspringe	1	--
=====			
62 Transporte		823	772

„Rückführungen“ in das Saargebiet:

20.04.1940	1 Person
15.07.1940	1 Person
22.07.1940	2 Personen
26.07.1940	1 Person
01.08.1940	1 Person
13.08.1940	3 Personen
03.09.1940	10 Personen
11.09.1940	1 Person
04.10.1940	1 Person
12.08.1941	1 Person

=====

22 Personen

Die meisten Personen dieser Transporte sind namentlich bekannt und werden noch zugeordnet.

**Verlegungen aus Neinstedt ab dem 30. September 1938;
gegliedert nach Einrichtungen:**

Hilfskrankenhaus Alleringleben:

21.04.1940	1 Person	--	
29.04.1940	14 Personen	--	
=====			
	15 Personen	--	2 Transporte

Landesheilanstalt Altscherbitz:

06.05.1939	1 Person	1	
05.08.1939	1 Person	1	
21.10.1939	1 Person	1	
23.08.1940	1 Person	1	
29.01.1941	337 Personen	337	
06.02.1941	3 Personen	3	
26.02.1941	2 Personen	2	
24.04.1941	64 Personen	64	
13.05.1941	42 Personen	42	
23.05.1941	1 Person	1	
05.06.1941	3 Personen	3	
17.06.1941	2 Personen	2	
07.07.1941	1 Person	1	
12.08.1941	1 Person	1	
14.01.1942	1 Person	--	
13.02.1942	18 Personen	18	
06.05.1942	1 Person	1	
=====			
	480 Personen	479	17 Transporte

Landesheilanstalt Bernburg:

10.02.1941	1 Person	--	
01.07.1941	1 Person	--	
=====			
	2 Personen	--	2 Transporte

Berlin-Wittenau:

12.08.1941	1 Person	--	1 Transport
------------	----------	----	-------------

Brandenburg-Görden:

12.08.1941	1 Person	--	1 Transport
------------	----------	----	-------------

Erfurt:

19.11.1941	1 Person	--	1 Transport
------------	----------	----	-------------

Landesheilanstalt Haldensleben:

26.10.1939	1 Person	1	
01.11.1939	1 Person	1	
12.02.1940	1 Person	1	
01.03.1940	1 Person	1	
16.03.1940	1 Person	1	
29.04.1940	2 Personen	2	
05.07.1940	1 Person	1	
20.11.1940	1 Person	--	
13.12.1940	2 Personen	2	
=====			
	11 Personen	10	9 Transporte

Landessiechenanstalt Hoym:

19.02.1941	2 Personen	2	
22.08.1941	4 Personen	4	
27.01.1942	16 Personen	16	
03.02.1942	3 Personen	2	
17.02.1942	5 Personen	5	
=====			
	30 Personen	29	5 Transporte

Landesheilanstalt Jerichow:

30.09.1938	84 Personen	84	1 Transport
------------	-------------	----	-------------

Liebenau:

03.02.1942	1 Person	--	1 Transport
------------	----------	----	-------------

Magdeburg:

15.01.1943	1 Person	--	
15.02.1943	2 Personen	--	
=====			
	3 Personen	--	2 Transporte

Neuerkerode:

23.08.1939	1 Person	--	1 Transport
------------	----------	----	-------------

Landesheilanstalt Pfafferode:

12.08.1939	1 Person	--	
01.10.1940	1 Person	1	
14.01.1942	34 Personen	34	
15.01.1942	1 Person	1	
23.01.1942	1 Person	--	
16.02.1942	1 Person	1	
=====			
	39 Personen	37	6 Transporte

Landesheilanstalt Uchtspringe:

10.05.1939	1 Person	1	
04.03.1940	9 Personen	9	
15.01.1941	23 Personen	23	
15.05.1941	3 Personen	3	
10.06.1941	1 Person	1	
15.09.1941	19 Personen	19	
03.11.1941	1 Person	--	
15.01.1942	27 Personen	8	
10.02.1942	61 Personen	61	
27.08.1942	1 Person	1	
07.09.1942	4 Personen	4	
21.09.1942	3 Personen	3	
26.11.1943	1 Person	--	
=====			
	154 Personen	133	13 Transporte

Insgesamt: 823 Personen 772 62 Transporte

Das bedeutet: von den quellenmäßig nachweisbaren **823 Personen**, die auf **62 Transporten** zwischen dem 30. September 1938 und dem 26. November 1943 aus Neinstedt „verlegt“ (= „entlassen“) worden sind, können **772 Personen (= 94 %)** namentlich nachgewiesen werden, zum Teil mit ihrer Biografie von der Aufnahme in den Neinstedter Anstalten bis zur „Verlegung/Entlassung“ in ihr weiteres Schicksal.

Anmerkungen:

- ¹ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.
- ² ESN, Ordner Vorsitzender des Verwaltungsrates der Neinstedter Anstalten 1935-1950, Knolle an Schmidt vom 11.1.1941.
- ³ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“ u. ESN, Abgangsbuch Anstalt Kreuzhilfe. Als weiterführende Literatur siehe: Dietmar Schulze, Altscherbitz – Verschiebestation in den Tod, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte Heft 6, Halle 1999, S. 5ff.
- ⁴ ESN, Verhandlungsniederschriften des Lindenhofes 1933-1951, Protokoll vom 12.2.1941.
- ⁵ HAB 2/65-54, Knolle an v. Bodelschwing vom 15.2.1941.
- ⁶ ESN, Ordner Vorsitzender des Verwaltungsrates der Neinstedter Anstalten 1935-1950, Dr. Nobbe 1-76, Dienstanweisung des Herrn Dr. Hermann Nobbe, wohl vom 24.2.1941.
- ⁷ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.
- ⁸ ESN, Abgangsbuch Anstalt Kreuzhilfe.
- ⁹ ESN, Akte Protokolle der Verwaltungsräte 1909-1942, Der Vorsitzende an die Mitglieder im Vorstand und Verwaltungsrat des Elisabethstiftes vom 4.4.1941.
- ¹⁰ ESN, Akte Provinzialverband für die Innere Mission 1939-1945, Sommerer an Kracht vom 10.6.1941.
- ¹¹ ESN, Akte Reservelazarett 1941-1945, Vertrag zwischen dem Militärfiskus und dem Elisabethstift vom 21.6.1941 u. Ordner Dokumente, Nachtrag zum Pachtvertrag vom 15.10.1941.
- ¹² ESN, Tagebuch Richter, S. 10f.
- ¹³ Ebd., Schmidt an Kracht vom 5.9.1941.
- ¹⁴ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.
- ¹⁵ BStU., MfS HA IX/11 RHE-West 401 u. MfS HA IX/11 AS 58/67 I, Vernehmungsprotokolle Otto Hebold vom 19.4. u. 5.8.-8.8.1964.
- ¹⁶ BStU., MfS HA IX/11 AS 58/67 II, Anweisung des Oberpräsidenten in Merseburg im Auftrag des Reichsverteidigungskommissars vom 27.5.1940.
- ¹⁷ BStU., MfS HA XX Nr. 4980, Rundbrief Lindens vom 8.11.1941.
- ¹⁸ BStU., MfS HA IX/RF/23418 Teil 1, Vollmacht des Oberpräsidenten Merseburg an Eberl/Bernburg vom 14.5.1941.
- ¹⁹ ESN, Akte Pflegeheim Schloss Detzel ab 1.1.40, Oberin Bernhardt an Moldenhauer vom 8.7.1941.
- ²⁰ HAB 2/65-56 Akte Neinstedt, Dorothee Kögel an Fritz v. Bodelschwing vom 14.10.1941.
- ²¹ Ebd., Fritz v. Bodelschwing an Kögel und an Frick sowie an Frieda v. Bodelschwing vom 17.10.1941.
- ²² BStU., MfS HA IX/RF/23418 Teil 1, Vermerk der Unterredung am 19.11.1941.
- ²³ ESN, Akte Provinzial-Verband für die Innere Mission 1939-1945, Erlass vom 1.10.1941, an die Neinstedter Direktion am 15.1.1942.
- ²⁴ HAB 2/65-56 Akte Neinstedt, Frick an v. Bodelschwing vom 20.10.1941.
- ²⁵ Ebd., Kracht an v. Bodelschwing vom 5.11.1941.
- ²⁶ ESN, Akte Reservelazarett 1941-1945, Oberpräsident in Merseburg an Direktion Neinstedter Anstalten vom 10.1.1942.
- ²⁷ Ebd., Sommerer an Schmidt und das Landesfürsorgeamt Anhalt vom 19.1.1942.
- ²⁸ Ebd., Sommerer an Oberpräsidenten Merseburg vom 22.1.1942.
- ²⁹ Ebd., Sommerer an Linden vom 6.2.1942.
- ³⁰ Ebd., Telegramm Linden vom 7.2.1942.
- ³¹ ESN, Verhandlungsniederschriften des Lindenhofes 1933-1951, Protokoll vom 16.2.1942.
- ³² ESN, Ordner „Euthanasie“-Mordgeschehen, Brief von Frau Heimrich vom 8.10.1991.
- ³³ ESN, Akte Protokolle der Verwaltungsräte 1909-1942, Antrag der Neinstedter Bruderschaft an den Verwaltungsrat vom Februar 1942.
- ³⁴ ESN, Akte Tagesordnungen der Vorstandssitzungen und des Arbeitsausschusses 1935-1942, Protokoll vom 31.7.1942.
- ³⁵ ESN, Manuskript Werner Krause, Das Elisabethstift der Neinstedter Anstalten im Dunstkreis der „Euthanasie“-Morde, Oktober 1989, S. 5.
- ³⁶ Jürgen Wieggrebe, „Entlassen: Altscherbitz“ – Zwangssterilisation und „Euthanasie“ an Bewohnern der Neinstedter Anstalten 1934-1943, in: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Psychiatrie des Todes, Teil 1, Magdeburg 2001, S. 60ff.
- ³⁷ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.
- ³⁸ Diakon Hans Jaekel anlässlich des Zwischenberichts zum Forschungsprojekt „Den Zahlen einen Namen geben“ am 8.4.2017.

³⁹ Zu Uchtsprunge siehe insbesondere: Kriemhild Synder, Die Landesheilanstalt Uchtsprunge und ihre Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen, in: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Psychiatrie des Todes, Teil 1, Magdeburg 2001, S. 75ff.

⁴⁰ BStU., MfS IX/RF/23418 Teil 1.

⁴¹ ESN, Ordner „Euthanasie“-Mordgeschehen, Zeugenaussagen.

⁴² FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.

⁴³ BStU., MfS HA IX/11 AS 58-67 Band 1.

⁴⁴ Tagebuch Richter II, Eintrag vom 13.5.1951.

⁴⁵ BStU., MfS HA IX/11 AS 58-67 Band 4.

⁴⁶ BStU., MfS HA IX/11 RHE-West 543.

⁴⁷ Lothar Adler et al., 100 Jahre Pfafferode 1912-2012, Mühlhausen 2012, S. 65ff.

⁴⁸ FHdD, Listen zum Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“.

⁴⁹ Tagebuch Richter II, Eintrag vom 31.7.1945.

⁵⁰ FHdD, Projekt „Den Zahlen einen Namen geben“, Korrespondenz mit Prof. em. Heinz Wässle, Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Frankfurt/M., vom Mai 2017.

⁵¹ BStU., MfS HA IX/11 ZUV 45 Band 1, Vernehmungprotokolle Hebold über Einsätze in verschiedenen Heil- und Pflegeanstalten, 3.-8.8.1964.

⁵² Ute Hoffmann/Dietmar Schulze, „... wird heute in eine andere Anstalt verlegt.“ Nationalsozialistische Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes- Heil- und Pflegeanstalt Bernburg – eine Dokumentation, herausgegeben vom Regierungspräsidium Dessau, Dessau 1997, S. 30ff. (im Folgenden zitiert als „Hoffmann/Schulze“).